



Regierungsratsbeschluss vom 16. September 2014

13.085 Volksinitiative. Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe; Eröffnung der Konsultation zum direkten Gegenentwurf

P141004

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats.

Begründung

Der Regierungsrat befürwortet den Gegenentwurf der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates zur Volksinitiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“. Der Gegenentwurf verlangt wie die Initiative, dass die Ehe gegenüber andern Lebensformen nicht benachteiligt werden darf, er verzichtet jedoch auf eine Definition der Ehe, um einen allfälligen Wechsel zur Individualbesteuerung der Ehegatten nicht zu verhindern und auch die Möglichkeit der Eheschliessung für gleichgeschlechtliche Paare nicht auszuschliessen. Der Regierungsrat gibt allerdings nicht dem Textvorschlag der Kommissionsmehrheit, sondern dem Minderheitsantrag 1 den Vorzug, mit dem besser sichergestellt wird, dass der Gesetzgeber andere Formen des Zusammenlebens gleich wie die Ehe behandelt.

